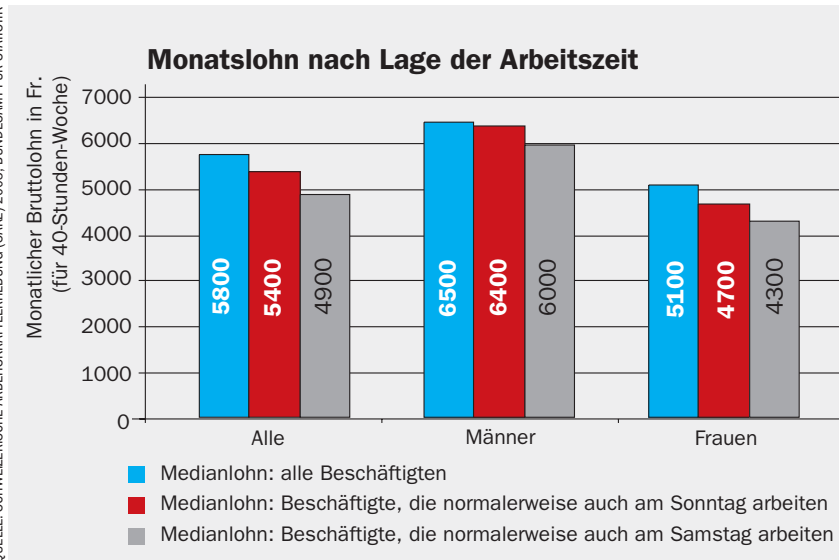


Sonntagsarbeit ist Klassenfrage

KLEINE EINKOMMEN Ein Vergleich der Löhne beweist: Wer am Sonntag einkauft, tut dies vor allem auf dem Buckel der Kleinverdiener.



Dienstleistungen künftig über sieben statt über sechs Wochentage verteilt werden darf. Leute mit kleinen Einkommen sollen also auch am Sonntag an die Arbeit.

Zum Glück gibt das Referendum in dieser Frage dem Volk das letzte Wort. Und nur die wenigsten arbeiten gerne am Sonntag, wie die Um-

DANIEL OESCH

Beschäftigte, die normalerweise am Samstag arbeiten, verdienen deutlich weniger als der Rest der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Und trotz Zulagen hinken auch die Löhne derjenigen, die regelmässig sonntags arbeiten, hinter dem nationalen Durchschnitt her. Denn Sonntagsarbeit fällt – einmal abgesehen vom Gesundheitswesen und dem öffentlichen Verkehr – vor allem in den zwei Tieflohnbranchen Gastgewerbe und Verkauf an. Und auch innerhalb des Detailhandels oder des Gesund-

heitswesens verdienen diejenigen, die am Sonntag arbeiten, weniger als ihre werktags beschäftigten Kollegen und Kolleginnen. Insbesondere Frauen erhalten für Sonntagsarbeit nur magere Löhne.

Letztes Wort beim Volk

Das Parlament rührte also mit der Ausweitung der Sonntagsarbeit eine Suppe an, die jetzt die Schwächsten auf dem Arbeitsmarkt auslöffeln dürfen. Gut betuchte Anwälte und Unternehmensberater in den Räten haben sich dafür stark gemacht, dass die Arbeit in den Sektoren Verkauf und

frage bei den Arbeitskräften SAKE eindeutig belegt. Entgegen einer verbreiteten Meinung sind dazu auch nicht in erster Linie Studierende oder Alleinstehende bereit. Während elf Prozent aller verheirateten Beschäftigten normalerweise am Sonntag arbeiten, sind es bei den ledigen Beschäftigten weniger als neun Prozent. Berufstätige mit Kindern unter 15 Jahren leisten gar häufiger regelmässige Sonntagsarbeit als Beschäftigte ohne kleine Kinder: 2003 arbeiteten 10,7 Prozent der berufstätigen Eltern normalerweise am Sonntag.

KOMITEE FÜR MEHR SONNTAGSARBEIT

SBB: Mit Migros und Coop gegen den SGB

Der Abstimmungskampf ist lanciert.

UDO THEISS

Die Unterschriften für das Referendum gegen die Sonntagsarbeit sind noch nicht zusammen, und schon mobilisieren SBB, Migros, Coop und die Zürcher Shopville-Vereinigung für den Abstimmungskampf. Migros-Sprecherin Monika Weibel bestätigte, dass sich ein Abstimmungskomitee formiert habe, dem auch Coop angehört und die Swiss Retail

Federation – der Verband der grossen Einzelhandelsfirmen.

Während die Migros offen zugibt, sich «finanziell und personell» am Abstimmungskampf beteiligen zu wollen, hält sich Coop bedeckt: «Bezüglich des Referendums hat die Geschäftsleitung noch keinen endgültigen Entscheidung gefällt», sagt Coop-Sprecher Karl Weisskopf. Auch die SBB wollen von einem Komitee nichts wissen. «Da muss es sich um ein Gerücht handeln», wiegelt SBB-Sprecher Roland Binz ab. Wie kommt es dann, dass die Migros die Teilnahme der SBB schriftlich bestätigt hat? Binz: «Ja wenn die Migros das sagt...»

«Es ist klar, dass sich die Immobilienabteilung der SBB von der Legalisierung des Sonntagsverkaufs höhere Ladenmieten in den Bahnhöfen verspricht», sagt Giorgio Tuti, Vizepräsident der Eisenbahngewerkschaft SEV. Doch dafür das Sonntagsarbeitsverbot aushebeln zu wollen, hält Tuti für puren Egoismus. «Die SBB wittern ein schnelles Geschäft

auf Kosten der Beschäftigten. Aber unsere Mitglieder wissen schon, worum es geht: Heute Sonntagsarbeit für das Verkaufspersonal und morgen der Wegfall der Sonntagszulagen für das Bahnpersonal und an-

«Purer Egoismus der SBB.»

Giorgio Tuti, Vizepräsident SEV

dere Angestellte, die Sonntagsdienst leisten müssen.»

Im November hatten die SBB versucht, das Referendum zu verhindern. Informell bot SBB-Chef Benedikt Weibel einem Vorstandsmitglied des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB) an, die Mieter in den Bahnhöfen zur Zahlung von Sonntagszulagen an das Verkaufspersonal zu verpflichten, wenn der SGB auf das Referendum verzichte. «Bevor das Referendum drohte, wollten die SBB von solch einer Verpflichtung nichts wissen», sagt Pietro Cavadini vom Gewerkschaftsbund.

REFERENDUM

Sonntags nie

Die Revision des Arbeitsgesetzes ist der erste Schritt zur allgemeinen Sonntagsarbeit. Daher will der Nationalrat jetzt die rechtliche Grundlage schaffen. Die Gewerkschaften wollen mit ihrem Referendum verhindern, dass der Sonntag zum Werktag wird. Unterschriftenbogen als Download auf der Unia-Homepage www.unia.ch; ausgefüllte Bogen an: Unia, Weltpoststr. 20, Postfach 272, 3000 Bern 15.

Die Löhne steigen wieder an

LOHNRUNDE Aus dem Feilschen um Zahlen hinter dem Komma ist ein klarer Trend geworden: Für die meisten liegen nächstes Jahr zwei Prozent mehr Lohn drin.

MATTHIAS PREISSER

Sah es im November noch so aus, als würden die Lohnforderungen des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds von 2–3 Prozent in kaum einer Branche erfüllt (work berichtete), so zeigen die seither bekannt gewordenen Abschlüsse ein erfreulicheres Bild: Zwei Prozent dürften vielerorts drinliegen, insbesondere in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (Mem). Beda Moor, bei der Gewerkschaft Unia-Smuv für die Mem-Branche zuständig, spricht von «akzeptablen Ergebnissen. Unser Minimalziel ist erreicht.»

Auch Andreas Rieger, bei der Unia für den Tertiärsektor zuständig, betont, die Lohnprognose der Grossbank UBS von 1,4 Prozent werde übertroffen. Rieger hält die UBS-Umfrage für fragwürdig, weil sie bei den Arbeitgebern durchgeführt wird: «Die Arbeitgeber instrumentalisieren diese Umfrage, damit die UBS anschliessend ihre Verhandlungsangebote als Richtwert präsentieren.» Besonders zufrieden ist Rieger mit dem Abschluss bei Carrefour. Dort gab es 1,7 Prozent mehr Lohn generell und 50 Franken auf die Mindestlöhne.

Erfreut zeigen sich Rieger und Moor darüber, dass bei dieser Lohnrunde wieder mehr generelle Lohn-erhöhungen ausgehandelt werden konnten. Sorgen

bereitet den Gewerkschaften aber die im November auf 1,5 Prozent gestiegene Teuerung. «Die meisten Abschlüsse beruhen noch auf der Septemberteuerung von 0,9 Prozent», bedauert Moor. Rieger weist jedoch darauf hin, dass «die Teuerung für das ganze Jahr höchstens 1 Prozent

betragen wird. Damit ist bei den meisten Abschlüssen eine Reallohnerhöhung gegeben.» Steigende Krankenkassenprämien, teilweise höhere Risikoprämien bei der zweiten Säule und höhere Wohnnebenkosten wegen des hohen Erdölpreises dürften allerdings auch diese auffressen.

LOHNSABSCHLÜSSE 2005

Bau und Baunebengewerbe

Bau	+80.– generell (ca. 1,5%), +2% auf Mindestlöhne
Dach und Wand	+80.– generell, +100.– auf Mindestlöhne
Baunebengewerbe Westschweiz	+115.– (ca. 2,3%) generell
Holcim (Zement)	+1% generell, +1% individuell

Uhrenindustrie und Mem-Branchen

Uhrenindustrie Deutschschweiz	+1% generell, mindestens 52.–
Huber & Suhner	+1% generell, bis +1% individuell
Ascom	+1,7% generell
Sulzer	+1% generell, +1% individuell
Zimmer (ex Centerpulse)	+1% generell, +1% individuell
Burckhardt Compression	+1% generell, +1% individuell
Saurer-Hamel	+1,2%, individuell, +2000–3000.– Boni
Swiss Arms	+75.– generell
Siemens Building Technologie	+1,5% individuell
Bernaifon	+1,5% generell, +1,5% individuell
sia Abrasives	+30.– generell, +0,6% individuell, +0,5% strukturell

Chemie

Novartis	+2,3% individuell
Roche	+2,25% individuell

Detailhandel

Migros	+1,5–2% individuell
Coop	+0,2% Tieflohne, +0,3% Frauen, +1% individuell
Carrefour	+1,7%, +50.– Mindestlöhne, +40.– bis 4000.–

Banken

Credit Suisse	+1,75% individuell
UBS	+2,3% individuell
Zürcher Kantonalbank	+2% generell bis 85 000.–

Übriger Tertiärsektor

Gastgewerbe	+1% auf Mindestlöhne
Post	+1% generell, +0,7% individuell, +300.– Bonus
Swisscom	+1,7% generell, +0,3% individuell
Sicherheitspersonal	+1,7% generell, +3% auf Mindestlöhne
Buchhandel	+1,4% generell bis 4500.–

Agenten in Panik

Sparübung bei der «Winterthur»: Sie legt Agenten an die kurze Leine.

THOMAS MÖCKLI

Mit neuen Verträgen will die Winterthur-Versicherung die selbständigen Verkäufer von Policen vom neuen Jahr an enger an das Mutterhaus binden. Mit der Folge, dass die Agenten um ihre Stellung fürchten. «Im schlimmsten Fall werden Kleinunternehmer zu einfachen Angestellten», bringt dies ein regionaler Vertreter auf den Punkt.

Weniger Freiraum

Selbst wenn das nicht geschehen sollte, seien die neuen Regelungen für die traditionell unabhängigen Versicherungsgewerbetreibenden einschneidend: «Reduzierte Entschädigungs- und gesteigerte Leistungsansätze werden uns Einbussen bis 25 Prozent beschneiden.»

Ausserdem verlören die Agenturen ihre Freiheiten beim Anstellen von Personal und bei der Werbung neuer Kunden. Die unternehmerische Logik verlan-



Erzeugt Aufruhr im Agentenmilieu: die «Winterthur».

gen, die Agenten «zu stärkerer Aktivität im Stammgebiet zu zwingen, indem man uns traditionelle Kunden im weiteren Umfeld wegnimmt», sagt ein Agent. Insgesamt erhalte die Zentrale mehr Kompetenz gegenüber den Agenturen. «Dabei sind wir doch die Hauptstütze des Policenverkaufs und tragen unsere Kosten obendrein noch selbst.»

Unter dem Aspekt der erwünschten Kostensenkung bei der «Winterthur» erscheinen die Massnahmen wie ein Eigengoal. Der Konzern will sich zu den Vertragsdetails nicht äussern und bestreitet massive Einschränkungen. Laut der Mediensprecherin Maude Rivière sind die

Änderungen für die meisten Agenten «irrelevant», weil sie die zusätzlichen Bedingungen bereits heute erfüllten. Über 90 Prozent bliebe beim Alten, sagt Rivière. Deshalb hätten auch die allermeisten Agenten die neuen Verträge unterzeichnet. Dass die behauptete Zentralisierung keine neuen Kosten verursache, bewiesen unter anderem die neuen Entschädigungsgrundlagen, die auf Kostensenkung hin ausgelegt seien.

Agentenabwehr

«Uns blieb keine Wahl, wir mussten unterschreiben», entgegnet ein Agent. Um sich in Zukunft besser wehren zu können, überlege man sich ein Zusammenrücken im übergeordneten Berufsverband. Entsteht bis zum Börsengang der «Winterthur» also noch so etwas wie eine Gewerkschaft der Agenten?



Biberli meint: Schöne Festtage und einen guten Rutsch!

Die nächste Ausgabe von work erscheint am 28. Januar 2005.